

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 27 (1948)
Heft: 4

Artikel: Die deutsche Gefahr
Autor: Bühler, Klaus
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die deutsche Gefahr

I.

Zweieinhalb Jahre nach seinem vernichtenden Zusammenbruch ist Deutschland schon wieder zum Alpdruck Europas geworden. Ein erstaunliches Phänomen! Um so mehr, als es einen selbständigen Staat Deutschland gar nicht mehr gibt, als seine Wirtschaft sich in einem mehr oder weniger chaotischen Zustand befindet, sein nationales Gebiet unbestimmt bleibt, eine scharfe Trennungslinie durch sein provisorisches Territorium hindurchgeht, Westdeutschland vorläufig noch in verschiedene, besonders verwaltete Besetzungszonen zerfällt, die einzelnen «Länder» sich eher bekämpfen, als daß sie zusammenarbeiten, seine Volkskraft bedenklich geschwächt und krank ist. All das macht es deutlich genug, daß die deutsche Gefahr nicht eine aktuelle, sondern eine potentielle ist. Als solche wird sie auch von den angrenzenden kleineren Staaten, Frankreich inbegriffen, besorgt betrachtet. Damit wird ein anderer, der eigentlich wesentliche Faktor ins Licht gerückt: zur potentiellen Gefahr ist Deutschland nur geworden, weil man damit rechnet und damit rechnen muß, daß es *von außen her*, viel weniger aus eigener Kraft, von neuem zur überragenden Macht des europäischen Kontinents aufgebaut werden könnte. Erst im Zusammenhang mit einer solchen Stellung könnte der zwar gar nicht mehr latente, aber unter den heutigen Bedingungen ohnmächtige *Furor Teutonicus*, die militärische Aggressivität, der ungebändigte Nationalismus, wieder die Kraft zum «Dreinschlagen» bekommen. Diese Lage und diese Zusammenhänge müssen immer im Auge behalten werden, wenn man bei der Beurteilung des «deutschen Problems» nicht auf falsche Wege geraten will.

II.

Ein kurzer, durch Stichworte bezeichneter Rückblick auf die Zwischenkriegsperiode soll dazu dienen, das, was heute im Gange ist, klarer erkennen zu lassen. Auch 1918 war Deutschland nach einem langen, erschöpfenden Krieg besiegt worden. Aber seine damalige Lage läßt sich mit der von 1945 und der heutigen kaum vergleichen. Sein Wirtschaftsapparat, wenn auch überbeansprucht und erneuerungsbedürftig, war im wesentlichen doch intakt geblieben. Nennenswerte materielle Zerstörungen hatte Deutschland, im Gegensatz zu den meisten seiner Nachbarländer, nicht erlitten. Die Schwä-

chung seiner Volkskraft war geringer als die der französischen zugefügte. Seine Grenzen waren bald nach dem Waffenstillstand festgelegt. Seine territorialen Verluste waren unbedeutend – besonders wenn man die Rückgabe von Elsaß-Lothringen sozusagen auf «Sonderkonto» verbucht. Die militärische Besetzung betraf ein relativ kleines Gebiet. In der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung hatte Deutschland bis auf bestimmte Beschränkungen freie Hand. Um die Höhe der zu leistenden Reparationen wurde zwar lange ge-
feilscht; tatsächlich aber wurden sie im Endeffekt nicht von Deutschland, sondern von seinen ehemaligen Gegnern bezahlt.

Trotz alledem hätte Deutschland in der Zwischenkriegsperiode niemals aus eigener Kraft die überragende Stellung auf dem Kontinent wieder gewinnen können, die es schließlich erreichte. Dies «Glück» – das Unglück Europas und tatsächlich auch das Deutschlands – verdankte es in der Hauptsache *zwei Faktoren*.

An erster Stelle ist da zu nennen die Wiederaufnahme der traditionellen britischen Balance-of-Power-Politik unmittelbar nach dem Waffenstillstand. Praktisch bedeutete das die bewußte Stärkung Deutschlands zu dem Zwecke, eine Hegemonie Frankreichs auf dem Kontinent (wohl zu unterscheiden von Suprematie, die nicht erstrebt wurde) zu verhindern. Gleichzeitig lief diese Politik darauf hinaus, die Einigung und Vereinigung der kontinental-europäischen Staaten (auf einer föderativ-demokratischen Basis etwa) zu hintertreiben – wie seit Jahrhunderten das Ziel der britischen Außenpolitik gegenüber dem Kontinent.

Gleichzeitig erhielt Deutschland – und zwar das nationalistische und militärische Deutschland – Unterstützung von seiten des revolutionären Rußland. Das Zusammenspiel der Roten Armee mit der deutschen Reichswehr (General von Seeckt!) ist bekannt; ebenso die politische Zusammenarbeit russischer Vertreter (Radek) mit der äußersten nationalistischen Rechten, den Vorläufern der Nazi (Graf Reventlow), die schon unmittelbar nach dem militärischen Zusammenbruch begann. Der Rapallovertrag war der weithin sichtbare diplomatische Ausdruck dieses russisch-deutschen Zusammenspiels¹, das aber – eine ebenso bemerkenswerte, wie indessen auch heute noch kaum bekannte Komponente – unter dem Patronat Großbritanniens und im Dienste seiner Balance-of-Power-Politik und vorderasiatischer Ölinteressen stand. Zeugnis dafür sind, außer dem Tagebuch des Lord d'Abernon, triumphierende Äußerungen der «Iswestija». Ähnlich war es bei dem Ruhrabenteuer, das

¹ Der Rapallo-Vertrag war ein Werk Walter Rathenaus, nicht der «nationalistischen und militaristischen» Kreise Deutschlands. Er darf also nicht als Ausdruck «dieses» russisch-deutschen Zusammenspiels hingestellt werden. V. G.

sowohl von britischer wie von russischer Seite Unterstützung fand (Schlageter-Affäre). Kurz: das Deutschland von damals erfreute sich der doppelten Hilfe von Westen und Osten, war in der Lage, seine beiden Gönner gegen den «Erbfeind» Frankreich, zugleich aber auch den einen gegen den andern auszuspielen und als *tertius gaudens* sich alle Vorteile des von beiden Seiten Umworbenen zu verschaffen.

Der zweite entscheidende Faktor war die Schwäche und Unentschlossenheit der französischen Außenpolitik, die zwischen der Anlehnung an die angelsächsischen Mächte und einer selbständigen kontinentalen Politik schwankte, deren Grundzug die Verbündung der kontinentaleuropäischen Staaten gegen die deutsche Gefahr hätte sein müssen, erweitert und untermauert durch die positive Idee der Vereinigung Kontinentaleuropas unter Einschluß eines «neuen Deutschlands». Zu mehr als zur Schaffung der Kleinen Entente und unsicherer Einzelbündnisse reichte die schwächliche französische Außenpolitik nicht hin. Der Briand-Kellog-Pakt war von Anfang an ein «Messer ohne Klinge, dem das Heft fehlt» — was niemandem verborgen war. Das Fazit war, um nur das Endresultat aufzuzeigen, daß Deutschland schon vor der Nazi Herrschaft in bezug auf sein Kriegspotential wieder stärker war als jeder der es umgebenden Einzelstaaten.

Wie dann im Zeichen der «Appeasement-Politik» jede Gelegenheit, die deutsche Aufrüstung zu inhibieren und die Aggressivität des «Dritten Reichs» zu dämpfen, absichtlich und durchaus zweckbewußt verpaßt wurde, wie die Spitze der britischen Politik des Mächtegleichgewichts, nachdem die «französische Gefahr» ausgeschaltet war, nach Osten gewendet wurde, um einem möglichen Vordringen der Sowjetunion auf den traditionellen «Gefällslinien» der russischen Außenpolitik vorsorglich einen Damm entgegenzusetzen, wie das sowjetische Rußland den Spieß umkehrte und sich selbst das Prinzip der «Balance of Power» zu eigen machte, aber in umgekehrter Richtung, den deutschen Angriff also *nach Westen* lenkte — all das und seine Folge ist ja wohl noch in zu guter Erinnerung, als daß auf einzelnes besonders hingewiesen werden müßte. Hervorzuheben ist aber noch einmal, daß dem Nazi-Reich seine im Zuge einer bestimmten Politik so überwältigende Macht von denen verliehen und verschafft wurde, die schließlich gemeinsam ihre ganze zusammengeballte Kraft einsetzen mußten, um sie ihm wieder zu nehmen.

Zu betonen ist jedoch auch die andere Seite, dies nämlich: daß es aller Wahrscheinlichkeit genügt hätte, dem wiederaufkommenden nationalistischen, revanche- und revisionslustigen Deutschland von Anfang an energisch entgegenzutreten, um es von seinen verschiedenen «Komplexen» zu heilen und schließlich zu einem friedfertigen Mitglied einer europäischen Völkerfamilie

zu machen. Dazu aber fehlten, wie dargetan, die Voraussetzungen, und Frankreich der Mut und die Entschlossenheit, sie trotz dem Stirnrunzeln seines ehemaligen Alliierten zu schaffen².

III.

Was damals, nach unserer Meinung, unter französischer Ägide möglich gewesen wäre, ist es heute nicht mehr; jedenfalls nicht auf dem gleichen Weg. Das in Einzelstaaten zerfallene kontinentale Europa hat sein Selbstbestimmungsrecht, seine Fähigkeit zur Selbstbestimmung eingebüßt. Die Einzelstaaten, auch der größte, Frankreich, eingeschlossen, sind, so krampfhaft sie an der Fiktion ihrer «Souveränität» festhalten, in größerem oder geringerem Maß zum Objekt der Politik von — im engeren und eigentlichen Sinn — *außereuropäischen Mächten* geworden. Diese Charakterisierung trifft für die Sowjetunion grundsätzlich ebenso zu wie für die USA. Der willkürlich festgelegte geographische Begriff eines «europäischen Rußlands» ändert nichts an der Tatsache, daß die Sowjetunion ein von Europa als Ganzes genommen scharf getrenntes, in sich geschlossenes Reich darstellt, dessen Schwerpunkt in jeder Hinsicht außerhalb des europäischen Gebietes liegt. Diese Grundbedingung wird auch nicht dadurch geändert, daß die Sowjetunion weite Gebiete Europas in ihre Einflußsphäre eingegliedert, praktisch vielmehr unter ihre Botmäßigkeit gebracht hat — so wichtig dieser Umstand in politischer Beziehung ist. Ebensowenig hebt es selbstverständlich die tatsächliche Europafremdheit der Vereinigten Staaten auf, daß auch sie starken Einfluß auf Westeuropa genommen haben, ohne daß man indessen von einer Beherrschung Westeuropas durch die Amerikaner im gleichen Sinne sprechen dürfte, wie das in Osteuropa hinsichtlich der Position der Sowjetunion gilt.

Eine wesentliche Änderung erfahren hat die Stellung Großbritanniens, wenn auch das Inselreich nicht eindeutig als europäische Macht angesprochen werden kann. Einerseits stellt es so etwas wie eine politische und wirtschaftliche «Brücke» zwischen dem Kontinent und den Vereinigten Staaten dar, an die es sich quasi als «Juniorpartner» anlehnt; andererseits ist es noch immer eine «asiatische» Macht, wenn auch nicht mehr in dem betonten Sinne wie zur Zeit Disraelis, von dem bekanntlich diese Definition stammt. Seine be-

² Es geht doch wohl nicht an, die Schuld am Aufschwung des deutschen Nationalismus und Militarismus der englischen, der französischen, der russischen Politik zuzuschreiben, ohne gleichzeitig hervorzuheben, daß in erster Linie *das republikanische Deutschland selbst* es unterlassen hat, sich nach 1918 des ostelbischen Junkertums, der reaktionären Finanzmagnaten, der monarchistischen Richter, Offiziere, Beamten und Professoren zu entledigen. V. G.

sondere Situation wird noch dadurch unterstrichen, daß es noch immer Kopf oder Herz des British Commonwealth ist. Immerhin hat das Großbritannien von heute, trotz gelegentlichen Rückfällen in die traditionellen Bahnen, im Prinzip, wenn man das Wortspiel wagen darf, das Aktionsprinzip der Balance of Power in bezug auf den europäischen Kontinent aufgegeben und setzt sich heute für eine Zusammenfassung der kontinentaleuropäischen Staaten ein – aber wohlgemerkt unter seiner Führung. Frankreich, dessen Mitarbeit nicht entbehrt werden kann, ist in diesem Zusammenhang die Stellung des «Juniorpartners» oder des «glänzenden Zweiten» neben Großbritannien zugeordnet, während dieses Land selbst im Verhältnis zu den USA etwa die Funktion des «Prokuristen» einnimmt oder, wie man lieber will, die des ehrlichen Maklers – aber ohne den zweideutigen Sinn, der früher diesem auf die Weltmacht England angewandten Begriff zukam.

So ist eine neue politische Situation entstanden, deren Bedeutung man jedoch nur im Rahmen der Weltpolitik richtig erfassen kann. Europa als Ganzes genommen ist zu einem Gewicht im planetarischen Spiel der Balance of Power geworden, dessen Protagonisten die Vereinigten Staaten von Amerika einerseits, die Sowjetunion andererseits sind. Der Kampf wird nun darum geführt, den europäischen Kontinent als Ganzes in die eine oder andere Schale der Mächtewaage zu bringen, um aus dem labilen Gleichgewicht ein Übergewicht zugunsten der einen oder andern Seite zu machen.

IV.

Wie sich das Verhältnis zwischen den Großmächten derart zugespitzt hat, soll in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden, braucht es wohl auch kaum. Ist unsere Annahme aber richtig, so wird die Einreihung Deutschlands in die eine oder andere Front dank seiner besonderen, ausgezeichneten Lage inmitten des Kontinents und seiner im Verhältnis zu den übrigen kontinentalen Staaten entwicklungsfähigen überlegenen Kriegspotenz zum entscheidenden Gewinn- oder Verlustposten in diesem Ringen. Damit aber ist Deutschland im Prinzip tatsächlich wieder in eine ähnlich bevorzugte Stellung «hineingerutscht» wie nach 1918. Es ist wieder zum präsumtiven «Degen» oder zur Speerspitze im Dienste der einen oder andern der beiden Supermächte geworden.

Die deutschen Kreise, die je eine bewußte Außenpolitik getrieben haben, wissen es. Es sind die gleichen Cliques, die nach 1918 so schnell das Heft wieder in die Hand bekommen haben – allen voran die militärische Kaste. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen. Der Geist der Revision und

Revanche ist nach allem, was man von «drüben» erfährt, ebenso ungebrochen und mächtig wie nach 1918. Die Masse des Volkes ist — darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben — im großen und ganzen in den Jahren der Nazierrschaft nicht politischer oder demokratischer geworden als vordem. Im Gegenteil wohl! Wenn es vordem das «Volk der Befehlsempfänger» gewesen, so ist es das heute allem Anschein nach mehr denn je. Einer ihm nach dem eklatanten Zusammenbruch auferlegten einheitlichen «Zwangsverwaltung» als Übergangsregime hätte es sich höchst wahrscheinlich willig gefügt; und von da aus hätte sich vermutlich auch ein Weg zur «Umerziehung» finden lassen. Die verschiedenen gegeneinander arbeitenden Besetzungsregime mit all ihren in militärischer Verwaltung besonders ausgeprägten Unzulänglichkeiten halten es in einem Zustand zunehmender Verwirrung, Desorientiertheit und einer seinem geistigen Habitus besonders unzuträglichen Führerlosigkeit. Die materielle Not tut das ihre dazu, um diese geistig-seelische zu verstärken. «Erst kommt das Fressen, dann die Moral» wurde — nicht so unbegreiflich — zur allgemein anerkannten Maxime. Die hier und da nach dem Zusammenbruch aufdämmernde Einsicht in Schuld und Verantwortung ist in weiten Kreisen der Skepsis, dem Mißtrauen, der Verachtung und dem Haß gegen die Sieger gewichen. Verstärkt durch Selbstmitleid und in seinem Gefolge: Selbstgerechtigkeit. Geblieben ist der *Glaube an die Gewalt* als das einzig zweckmäßige politische Gestaltungsprinzip, die Überzeugung, daß der Grundsatz: «Recht ist, was uns nützt», praktisch die Leitlinie aller staatlichen Außenpolitik ist und von «den andern» nur unter heuchlerischem Gerede versteckt wird — mit einem Wort: *der ungebändigte, teutonische Nationalismus der Überheblichkeit*, dem alle Parteien, die sozialdemokratische leider nicht ausgeschlossen, ganz ähnlich wie nach 1918 — und sei es auch nur aus «taktischen» Gründen — huldigen. Wie damals, so stellen auch heute die Kreise, die mit höchst anerkennenswertem Mut dagegen ankämpfen, nur eine — wir befürchten, verschwindend kleine — Minderheit dar.

V.

Es ist dieser neubelebte Nationalismus, dessen sich in erster Linie die Russen bedienen, um — ganz wie nach dem ersten Weltkrieg — die Deutschen für sich zu gewinnen. Das Kernstück ihrer durch die SED ausgeführten propagandistischen Offensive ist die Verteidigung der «deutschen Einheit». Die Westmächte werden der absichtlichen Zerreißung Deutschlands beschuldigt, ihre deutschen Mitarbeiter als «Feinde des Vaterlandes» abgestempelt, offen wird um «breite Kreise, die früher Naziorganisationen angehörten», ge-

worben und ihnen Absolution erteilt, damit die «große Einheit» aller derjenigen geschaffen werde, «welche die Einheit Deutschlands wollen und die Frankfurter Beschlüsse und den Marshall-Plan ablehnen» (Walter Ulbricht im «Neuen Deutschland»). Eine besonders wertvolle (einstweilen noch in Reserve gehaltene) Mithilfe hat sich die Sowjetunion schon während des Krieges durch die «Bekehrung» militärischer Führer, wie von Paulus, von Seydlitz und andern, gesichert — so geschickt das deutsche Bedürfnis nach einheimischer Führung und nach Einordnung in Reih und Glied, am besten gewährleistet im militärischen Verband, ausnutzend. Das Ziel ist, die Bevölkerung Westdeutschlands «von innen her» zu gewinnen, wobei die Kommunistische Partei das Werkzeug ist. Es wäre, glauben wir, ganz falsch, ihre bisherigen Mißerfolge, wie sie bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet sichtbar wurden, als endgültige Entscheidung anzunehmen. Gegenwärtig bildet die wirksamste Gegenpropaganda, was Überläufer aus der russischen Zone über die dortigen Verhältnisse berichten. Aber diese Warnungen, die in erster Linie auf die Arbeiterschaft Eindruck machen, können sich leicht abschwächen, wenn keine besseren wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse eintreten und die notwendigen Reformen auf diesem Gebiet hintangehalten werden zugunsten einer «freien Wirtschaft» und der ehemaligen «Herren im Hause».

Hinzu kommt ein anderes, was auf die Länge der kommunistischen Propaganda Auftrieb verschaffen sollte. Im Osten spüren die Deutschen *Zielbewußtsein und die starke Hand*, was ihnen, mögen sie heimlich noch so sehr dagegen «meckern», im Grunde doch imponiert. Im Westen dagegen sehen sie Uneinheitlichkeit, das Durcheinander von Order und Konterorder, das Gegeneinanderarbeiten der verschiedenen Besetzungsbehörden und Bürokratien — statt einer klaren, zielgerichteten politischen Linie. Dem an eine mehr oder weniger diktierte Ordnung gewöhnten, man könnte vielleicht sagen: «ordnungsbesessenen» Deutschen schwindet so mehr und mehr die bereits auf ein tiefes Niveau herabgedrückte Achtung vor den westlichen Besetzungsmächten. So stellt Westdeutschland im Gegensatz zu Ostdeutschland, wo klare Machtverhältnisse herrschen, eine Art von Machtvakuum dar, das nach Ausfüllung schreit. All das bietet, im Verein mit dem «Einheitsgedanken», den Russen oder dem Instrument ihrer Außenpolitik, der SED oder KP, ein günstiges Manövriefeld.

VI.

Die Westmächte haben dieser in ihren Zonen wirkenden Propaganda- stoßkraft kaum etwas Gleichwertiges in bezug auf die Ostzone entgegenzu-

setzen. Direkte Beeinflussung durch nichtkommunistische Parteien ist in der Ostzone ausgeschlossen. Entweder sind sie, wie die SPD, offiziell verboten, wie die CDU praktisch mundtot und aktionsunfähig gemacht oder wie die Demokratische Partei des Herrn Külz gleichgeschaltet. Allerdings soll, wie man von verschiedenen Seiten hört, im Schoße der SED eine stumme Opposition und «Untergrundbewegung» existieren, die sich in der Hauptsache aus ehemaligen, ihrer Überzeugung treu gebliebenen Sozialdemokraten rekrutiert. Über ihre tatsächliche Stärke und Wirkungskraft fehlen begreiflicherweise zuverlässige Daten; man wird sie nicht sehr hoch ansetzen dürfen.

Was die Versorgung der Bevölkerung angeht, so scheinen zwischen den Westzonen und der Ostzone wesentliche Unterschiede nicht zu bestehen, außer daß der aufreizende «Schwarze Markt» in der Ostzone weniger ausgedehnt, der krasse Unterschied in der Lebenshaltung weniger sichtbar und aufdringlich sein soll. Die größte Anziehungskraft auf die deutsche Bevölkerung der Ostzone dürfte der Westen durch die Gewährung größerer Freiheitsrechte, durch die im Vergleich zur Ostzone bessere Sicherung der Rechte der Einzelpersonen ausüben. Dieser Faktor würde natürlich in entscheidendem Maße verstärkt, wenn es den Westmächten gelänge, die alles beherrschende wirtschaftliche Frage zu lösen, den Lebensstandard der Bevölkerung ihrer Zonen auf ein erträgliches Niveau zu bringen.

VII.

Damit aber sind wir an den Punkt gelangt, wo sich die Auffassungen der Westmächte scheiden und die deutsche Gefahr wieder voll in die Blickrichtung tritt. Die Amerikaner wollen Westdeutschland als Ganzes zu einem «going concern», einem gut laufenden, sich selbst erhaltenden Betrieb machen, lehnen daher die Internationalisierung und Sozialisierung des Ruhrgebietes ab, das in deutschem, privatkapitalistisch verwaltetem Besitz, wenn auch vorläufig unter alliierter Kontrolle bleiben soll, und setzen sich weiterhin neben der wirtschaftlichen auch für eine stärkere politische Zentralisierung ein, als Frankreich und die Beneluxstaaten sie gestatten wollen.

Die Gründe für die Besorgnisse dieser westlichen Anrainer Deutschlands brauchen wohl kaum näher dargelegt zu werden; sie ergeben sich aus der Vergangenheit. Die Spuren schrecken. Für die Amerikaner entscheiden Nützlichkeitsabwägungen, wie sie, die Deutschland als Nachbar nicht kennengelernt haben, sie sehen. Dabei spielen eine nicht geringe Rolle die ehemaligen, bis weit in den Krieg hinein dauernden, beide Teile sehr befriedigenden Geschäftsverbindungen zwischen maßgebenden amerikanischen und deut-

schen Trusts und die privatkapitalistische Wirtschaftsideologie Amerikas. Die Furcht der westlichen Nachbarn Deutschlands vor einer Bevorzugung des besiegten Reiches mit allen schon einmal erlebten Konsequenzen ist kein Hirngespinnst.

Selbstverständlich wünschen auch sie die Eingliederung Westdeutschlands in eine im Zuge des Marshall-Planes zu verwirklichende westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft – aber mit den nötigen Sicherungen gegen deutsche Übermacht. Das Dilemma, in dem sie sich befinden, wird noch verschärft durch die Gefahr, die ein Eindringen der kommunistischen Ideologie unter russischer Ägide in Westdeutschland mit sich bringen würde. Deutschland, so «geeint», würde zum Rammbock gegen ihr durch die kommunistischen Parteien bereits schwer bedrohtes Staatsgefüge. Das gilt besonders für Frankreich und in diesem Zusammenhang auch für Italien.

VIII.

Wenden wir uns der andern Seite, den östlichen Nachbarn Deutschlands, zu. Auch vor den Toren Polens und der Tschechoslowakei lauert die deutsche Gefahr. Die Polen sind sich wohl bewußt, daß die Deutschen, man kann wohl sagen die übergroße Mehrzahl der Deutschen, keineswegs auf eine Revision der östlichen Grenzen ihres provisorischen Staatsgebietes verzichtet haben und nur auf die erste beste Gelegenheit warten, sie durchzuführen. Ebenso wissen die Tschechen, daß Hunderttausende von Sudetendeutschen, hauptsächlich in Bayern massiert, nur «auf den Tag» warten. Schon diese Tatsache allein hätte – nebenbei bemerkt – genügt, um die Tschechoslowakei politisch-militärisch unverbrüchlich an die Sowjetunion zu binden. Vom Kriegsfall ganz abgesehen, dürften auch Polen wie die Tschechoslowakei – ähnlich wie die erwähnten westlichen Kontinentalstaaten – vom Alpdruck einer Bevorzugung Deutschlands seitens der Russen geplagt werden, die im Zuge der Werbung um die Deutschen die Gestalt einer diktierten, ihnen aufoktroyierten «friedlichen» Grenzrevision annehmen könnte.

Man sieht, dem Problem Deutschland gegenüber sind die Interessen der west- und osteuropäischen Staaten ziemlich gleichgerichtet; und da es sich um eine Lebensfrage für alle handelt, wären die Voraussetzungen zu einer gemeinsamen europäischen Politik, wie sie eingangs angedeutet wurde, besonders nach den bitteren Erfahrungen der Zwischenkriegsperiode, günstiger als nach 1918. Aber dafür fehlen, wie ebenfalls schon vorher gesagt, andere, damals, heute jedoch nicht mehr, realisierbare Voraussetzungen. Die Entscheidung ruht in den Händen außereuropäischer Mächte.

IX.

Aber auch die mögliche von Deutschland ausgehende Gefahr hat ein anderes Gesicht bekommen als damals. Sie kann nach menschlichem Ermessen nur im Falle eines dritten Weltkrieges aktuell werden. Diesen *auszulösen*, wird Deutschland selbst – im Gegensatz zum zweiten – jedoch kaum in die Lage kommen. Solange die gegenwärtige Situation des «kalten Krieges» zwischen den beiden Supermächten fort dauert, wird Deutschland in einen Ost- und Westteil getrennt bleiben – wie Europa selbst. Die deutsche Gefahr ist sozusagen ein Nebenprodukt jener Macht- und «Gleichgewichts»politik, die – von beiden Seiten – im Zeichen der Sicherung und Defensive um Europa geführt, jederzeit in *Aggression* umschlagen kann, wenn die eine Partei sich stärker fühlt oder auch nur die Stärkung der andern glaubt befürchten zu müssen. So kann unter Umständen die Meinung, daß die eine oder die andere Partei die Deutschen und die deutsche Kriegspotenz für sich gewonnen habe, zum kriegsauslösenden Moment werden. Deutschlands «Chance» besteht in seiner Möglichkeit, für die eine oder andere Seite «optieren» zu können, das heißt, sich an den Meistbietenden als Landsknecht zu verdingen – eine «Chance», die das fast hundertprozentige Risiko der völligen Selbstvernichtung in sich trägt.

Die Hoffnung, daß der «deutschen Gefahr», die kein selbständiger Faktor ist, begegnet werden kann, beruht darauf, daß die beiden Supermächte, wenn auch aus verschiedenartigen Gründen, für absehbare Zeit keinen Krieg herbeiwünschen, und daß es in der Zwischenzeit gelingt, mit Hilfe des Marshall-Planes Westeuropa, Westdeutschland eingeschlossen, vor dem drohenden wirtschaftlichen Chaos zu bewahren und in planmäßiger Zusammenarbeit *auf der Grundlage der sozialen Demokratie* zu einer «Dritten Kraft» umzugestalten, die, selbst keine Machtpolitik treibend, stark und selbständig genug wäre, um nicht zum Objekt der Machtpolitik Dritter zu werden, sondern fähig, als ausgleichendes und vermittelndes Glied zwischen den feindlichen Parteien zu wirken.

Daß der Weg zu einem solchen Ziel mit zahlreichen neuen Problemen und Schwierigkeiten gepflastert ist, braucht kaum betont zu werden. Aber nur fatalistisch-defaitistische Skepsis wird das Spiel von vornherein verloren geben und, in Untätigkeit verharrend, drohendes Unheil wehrlos über sich kommen lassen.